

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

66 (7.3.1919) Erstes und Zweites Blatt

Beilage
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert vier-
wöchentlich 4.00 M.,
monatlich 1.30 M., an
den Ausgabestellen ab-
schon monatlich 1.30 M.
Auswärts durch
die Post frei ins
Haus gedruckt vier-
wöchentlich 4.17 M., Ein-
schubnummer 10 Pf.

Berlin Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Erste Ausgabe
die Oede. Romarell-
sche oder deren Raum
25 Pf. Kleina. 1 M.,
an erlt. Stelle 1.20 M.,
auf diese Breite
30% Feuerungsökono-
mie. Rabatt nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Verlags- und Geschäfts-
stelle: Berlin, Mittel-
straße 1, 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 304.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Badens und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seiffert; für Inserate: Paul Ruhmann.
Gesamtleitung: Gustav Rappert; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Badens und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seiffert; für Inserate: Paul Ruhmann.
Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Curt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telefon-Nr. 1640. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erloszlos, wenn Porto beifolgt ist.

116. Jahrg. Nr. 66.

Freitag, den 7. März 1919

Erstes Blatt.

Die demokratische Republik in Gefahr!

Es ist sicherlich kein Verdienst dabei, heute die Gefahr der Revolution zu erkennen. Aber es ist notwendig, sie klar auszusprechen, auch wenn es den Parteien und Männern, die heute noch die Führung haben, zum Verdruss gereicht.
Der erste und größte Fehler ist zweifellos der, daß die Revolution nicht vorbereitet war, daß sie also im Augenblick ihres Ausbruchs keine Führer hatte. Es ist das traurigste Zeichen für die politische Struktur des deutschen Volkes, daß es nicht in der Lage war, eine regelrechte Revolution zu machen. Die Revolution kam, als sie kommen mußte, in den Augenblick, als das alte System aus Gründen, die hinreichend deutlich sind, zusammenbrach. Aber als sie da war, da gab es keine Männer, die sie in zielbewußte Bahnen lenkten. Die größte Schuld trifft hier den Sozialismus, der sich als den besonnenen Vertreter des revolutionären Gedankens solange geriert hatte, bis die gedankenlose Masse es glaubte. Das Verschulden der Sozialdemokratie ist darin zu finden, daß sie im entscheidenden Moment nicht über die Spaltung in ihren eigenen Reihen hinweg kam, daß sie sich nicht im gemeinsamen Handeln wieder zusammenfinden konnte und daß sie nicht über die geistigen Kräfte verfügte, eben weil sie so lange nur materielle Ziele verfolgt hatte, bis sie alle Geistigkeit aus ihren Reihen vertrieben hatte.

Der zweite, nicht minder große Fehler ist der, daß schließlich die Kräfte, die die Leitung der Revolution notgedrungen in die Hand nahmen, in ihrer Hilflosigkeit alle Vorbilder nachahmten, ohne sich bewußt zu werden, daß eine Revolution um 1918 nicht die gleichen Voraussetzungen und Bedingungen aufwies wie siebzig oder gar hundertzwanzig Jahre früher. Was ist aus der Nationalversammlung in Weimar, von der der größte Teil des Volkes die Rettung erhoffte, geworden? Eine ohnmächtige Vereinigung von redenden und schwägenden Männern und Frauen, die alle Fehler und Schwächen des alten Reichstags mit herüberbrachten und die nicht imstande war, auch nur einen einzigen neuen, den einzig rettenden Gedanken zu gebären. Ist es verwunderlich, daß eine so mitleidige Bewegung wohl eine Menge grotesker Geistes hervorzubringen konnte?

Die Revolution vom 9. November 1918 ist bankrott. Und das gleiche Schicksal droht der aus ihr hervorgegangenen demokratischen Republik.

Darüber sind heute die Leute, die überhaupt noch denken und nicht in dumpfer Resignation von einem Tag zum andern hinvegetieren, nicht im Zweifel. Ganz klar darüber sind sich aber die Extremen, die sich von vornherein gegen die Revolution vom 9. November feindselig gestellt haben und in ihren Zielen weit über diese hinaus und bis zur wahnwitzigen Vernichtung alles Bestehenden gestrebt haben und noch streben. Die Vorkämpfer des russischen Bolschewismus, die Spartakisten und Kommunisten. Ihr Weizen blüht heute im ganzen Reich.
Ihnen gegenüber haben die Männer des 9. November nur eine Taktik. Nachgeben und immer wieder nachgeben; denn sie haben keine Macht, um Widerstand zu leisten. Ein Teil von ihnen hat in tragischer Verblendung selbst die einzige Stütze bestimmt, die ihnen gegen den Ansturm des Radikalismus Halt gewähren konnte. So ist die schiefte Bahn vorbereitet, auf der die demokratische Republik in die Herrschaft des Terrors gleitet.

Die Zeit ist aus den Fugen, Schmach und Gram, das ist zur Welt, sie einzurenken kam!
kann man mit Hamlet sagen, und der Vergleiche gewinnt eine um so traurigere Heftigkeit, als Hamlet ein nur allzu getreues Abbild der schwankenden, grüblerischen, entsetzlichen Geister ist, die heute aus den Trümmern des alten ein neues Reich schaffen sollen.

Aber wo ist Hilfe? Woher kann sie kommen? Nachhaken, was im Anfang verkannt worden ist? Man macht Anstrengungen dazu, aber wie gewöhnlich, wenn im rechten Augenblick die Gewährleistung verhältnismäßig billiger Forderungen verkannt worden ist, ist es jetzt zu spät, denn die Begehrlichkeit ist inzwischen weit über das Maß der ersten Wünsche hinausgegangen. Wenn im Anfang die entschlossene und unverzagliche Finanzgriffnahme einer maßvollen und vernünftigen Sozialisierung vieles gerettet und den Montagnards ein gut Teil ihres Windes aus den Segeln genommen hätte, so bedrohen heute die ins Bahnmüdigkeit gerathenen Anbrüche der Radikalen bereits alle Grundlagen der Volkswirtschaft und bedeuten auch in einer nur teilweise verwirklicht den unentzerrbaren Ruin. Wer vermag ihnen mit Erfolg entgegenzutreten? Die Regierung Ebert-Scheidemann sicherlich nicht.

Wenn es überhaupt noch eine Rettung vor dem Eintreten russischer Zustände in Deutschland gibt, so kann sie nur vom Bürgertum kommen. Aber freilich, erst müßte das Bürgertum selbst sich gründlich ändern, es müßte endlich aufwachen aus seiner Betäubung und sich aufraffen zur Tat. Nicht etwa in reaktionärer Richtung, wie einige unverständliche Schwäger in der Nationalversammlung das an-

zudeuten den traurigen Mut hatten, sondern indem es die produktiven Gedanken der radikalen Bewegung zu den reinigen machte und mit dem ihm zu Gebote stehenden Kapital an Wissen, Bildung und Geld ausstattete.

Auf diesem Wege würde das Bürgertum, oder sagen wir besser die bürgerlichen produktiven Kräfte, sich mit denen begegnen, welche die Aus-

Abbruch der Verhandlungen in Spa.

5. Aus Weimar wird uns abgefragt: Weimar steht unter dem doppelten Eindruck der Nachricht von dem Abbruch der Verhandlungen in Spa und der schlimmen Meldungen aus Berlin.

In der Regierung bewahrt man, wie gestern in einer Kabinettsitzung hervortrat, allen außenpolitischen Möglichkeiten gegenüber eine abwartende Entschlossenheit. Der Abbruch der Verhandlungen in Spa ist folgendermaßen erfolgt: Auf die Forderung der Gegner, die deutsche Flotte zunächst zur Verfügung der Entente zu stellen, erklärte Unterstaatssekretär v. Braun, der deutsche Bevollmächtigte, daß er überhaupt nur unter der Voraussetzung der Bereitstellung von 270 000 Tonnen Lebensmittel über den deutschen Schiffsraum verhandeln könne. Der Vertreter der Gegenseite erwiderte, daß ihm von einem solchen Abkommen nichts bekannt sei, worauf man auseinanderging.

Die Reichsregierung in Weimar erklärte sich mit dem Verhalten des Unterstaatssekretärs v. Braun durchaus solidarisch. Dabei ist man sich der Tragweite des Vorganges aber noch nicht klar. Möglicherweise liegt nur ein Mißverständnis vor. Es ist aber auch keineswegs ausgeschlossen, daß man in Paris tatsächlich erwägt, die dreitägige Waffenstillstandskündigung anzuwenden, um neue Forderungen zu erzwingen.

In diesem Falle würde die jetzige Regierung ebenso wie in diesem Augenblick solidarisch ihr Nein erklären und für dieses in dem überwiegenden Teil der Bevölkerung vollen Rückhalt haben.

Die Stimmung der Entschlossenheit, unerträgliche Friedensbedingungen auch auf die Gefahr eines weiteren feindseligen Vordringens abzuwehren, wird auch in nichtsozialistischen Kreisen täglich stärker. Man sagt sich eben: lieber Weltbolschewismus, der ganz sicher die Folge eines weiteren europäischen Kriegszustandes sein würde, als die einseitige Erdrosselung Deutschlands.

Die Meldungen aus Berlin, die, da keine Zeitungen eingetroffen sind, zum Teil im Foyer der Nationalversammlung angehängelt wurden, heben besonders die örtlichen schweren Kämpfe am Alexanderplatz hervor, wobei von den verteidigenden Regierungstruppen auch Giftgas gegen die angreifenden Matrosen der spartakistischen Volksmarineabteilung verwendet werden mußte. Im Norden der Stadt ist es zu sehr schweren Plünderungen gekommen. Sonst soll die Stadt ruhig sein. Viele rechnen aber mit einer längeren Dauer des Generalstreiks.

Offentlich wird die demnächstige Ernährungsdebatte in der Nationalversammlung dem Hause Anlaß geben, der Regierung gegen die spartakistischen Förderer der Hungernot den Rücken zu steifen.

Der Verlauf der Sitzung. — Abreise der Kommission von Spa.

5. Berlin, 6. März. Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission hatte die Reichsregierung die Unterhändler in Spa angewiesen, die deutsche Handelsflotte nur zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Verträge die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sicher gestellt sei.

In der letzten Sitzung über die Lebensmittelversorgung in Spa führte der deutsche Vertreter aus, die Verteilung Deutschlands sei einer der Gründe der Annahme der alten Waffenstillstandsbedingungen gewesen. Deutschland könne aber nicht die Handelsflotte abliefern, ohne daß die Zufuhr der Meeresfrüchte vorliege, daß die Lebensmittelzufuhr auch tatsächlich erfolge. Bisher habe Deutschland noch kein einziges Tonne Lebensmittel von den Alliierten erhalten. Deshalb sei der deutsche Standpunkt, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sicher gestellt sei. Deutschland schlage daher vor, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen, eine teilweise Zurverfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen und beim Vorhandensein eines definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern.

Der englische Vertreter erklärte, die Alliierten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des Obersten Kriegsrates, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte abliefern. In erster Linie werde die Einfuhr von 270 000 Tonnen genehmigt. Die Frage weiterer Lieferungen werde dem Obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorbehalten.

Unterstaatssekretär von Braun entgegnete auf diese Erklärung, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei ununsicheren Faktoren abhängig gemacht und der Entscheidung des Obersten Kriegsrates vorbehalten sei, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeit habe. Er betonte nochmals, daß die Frage der Lebensmittelversorgung

haltung des Parlamentarismus und die Politisierung der Arbeit auf ihre Fäden geschrieben haben. Wir sehen es nicht nur in Weimar, sondern erleben es auch täglich in Karlsruhe, daß der Parlamentarismus, wie er in den Nationalversammlungen Form und Antlitz gewonnen hat, jeglicher Produktivität entbehrt, was auch kein Wunder ist, unterscheidet sich doch die

gung eine Frage auf Leben und Tod der deutschen Bevölkerung sei, von der jetzt täglich 800 Menschen an Hunger sterben. Keine Regierung könne es verantworten, sich ohne die Sicherheit, daß die Alliierten helfen würden, des letzten Mittels zu bedienen, sich selbst zu helfen.

Gierig erklärte Admiral Gope, daß die assoziierten Vertreter keine Botschaft hätten weiter zu geben. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Unterstaatssekretär von Braun bemerkte, er habe es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könne. Da weitere Verhandlungen zwecklos erschienen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spa ab.

Der Kampf um das Berliner Polizeipräsidium.

Schwere Minen. — Artillerie. — M.-G. — Flieger.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 6. März. Die Belagerung und Beschichtung des Polizeipräsidiums ist auch heute vormittag fortgesetzt worden. Nach einer Gefechtspause von 1/2 Uhr ab wurde wieder mit kurzen Unterbrechungen geschossen und zwar meist mit Mörsern und Geschützen. Das Stadtpolizeipräsidium am Schlicht, wurde mit schweren Minen bombardiert. Es gelang den Angreifern, eine Anzahl Gefangener zu betreten, doch konnten sie wieder ergriffen und festgesetzt werden. Die Verluste der beiden Parteien, die bis zum gestrigen Abend etwa 30 Tote, ungerichtet die Verbundenen, betragen haben dürften, sind weiter geblieben. Die Situation ist außerordentlich unklar. Die Mannschaft, die sich von der republikanischen Soldatenwehr abgewandt hat, erklärte Pressevertreter gegenüber, daß sie keine Spartakisten seien, sondern nach wie vor auf dem Boden der Regierung ständen. Ihr Grimm gilt nur den Reichswehrtruppen.

5. Berlin, 6. März. (Via Drahtbericht.) Der heftige Kampf um den Rest des Marktes, der von einer Abteilung der republikanischen Soldatenwehr besetzt war, hat mit einem vollen Erfolg für die Regierungstruppen geendet. Der Markt ist jetzt fast in der Hand der Regierungstruppen, die bei dem Kampf nur geringe Verluste hatten. Die Spartakisten haben bei dem Kampf um das Polizeipräsidium sich aller modernen Kampfmittel bebient. Neben einer starken Beschießung mit schweren Minen haben sie auch Flieger eingesetzt, die das Gebäude mit Bomben belegten. Danach stehen den Regierungstruppen noch schwere Kämpfe bevor. Die Leitung der Operationen liegt in den Händen des Obersten v. Noben.

Die Regierungstruppen haben zurzeit alle Angriffe der Spartakisten verlustlos abgeblieben und empinnen fortwährend an Boden. Es ist nicht zu zweifeln, daß sie die Lage behaupten werden. Am Gölzler Bahnhof sind die Schutzmännchen, bestehend aus republikanischer Soldatenwehr und Angehörigen der Volksmarineabteilung, zu den Spartakisten über und beschlagnahmt einen Kisten von Munition.

5. Berlin, 6. März. (Via Drahtbericht.) Die Lage am Alexanderplatz ist noch immer unverändert. In einem Hofe des Polizeipräsidiums befinden sich Spartakisten, die mit allen erdenklichen Mitteln versuchen, die im Hofe befindlichen Regierungstruppen außer Gefecht zu setzen. Diese Truppen, die mit Munition und Lebensmitteln versorgt sind, halten sich nach wie vor und erwidern das Feuer der in den benachbarten Straßen sowie am Bahnhof Alexanderplatz stehenden Spartakisten und der Volksmarineabteilung. Das Polizeipräsidium wird nach wie vor mit schwerer Artillerie beschossen. Die nach dem Alexanderplatz an der alten Front des Gebäudes hat fäher gelitten.

Am Nachmittag begann der Aufmarsch von Truppen des Korps Lüttich, die bis zum Abend das Polizeipräsidium entsetzen und das gesamte Viertel von den Kommunisten und der Volksmarine säubern sollen. Die Regierungstruppen sahen mit Artillerie, Minenwerfern und Maschinengewehren heran und schloßen das ganze Viertel am Alexanderplatz hermetisch ein. Eine besondere Aufgabe fiel den Kiefern zu, die auf diese Weise am ersten Male verwendet wurden und die die Aufgabe hatten, aufzuklären. Die Kommunisten verhielten sich auf mehreren Stellen, auf die Kiefern zu schießen, hatten jedoch mit Gewehrfeuer nicht den geringsten Erfolg. Das Korps Lüttich leitete nun das Polizeipräsidium einen breiten Abwehrangriff.

Der Kampf um die Reichsdruckerei.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 6. März. Um die Reichsdruckerei entspann sich am Donnerstag nachmittags ein Kampf zwischen Regierungstruppen und der republikanischen Soldatenwehr. Die als Wache dienenden Soldaten der republikanischen Soldatenwehr sollten durch Regierungstruppen abgelöst werden, weigerten sich aber, das Gebäude aufzugeben. Es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, das um 4 Uhr abgebrochen wurde, da die Leitung der Reichsdruckerei demütigt war, ihre Verlegung auf friedlichem Wege zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen.

Nationalversammlung in Weimar kaum von der charakterlosen Physiognomie der Reichstage im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege.

Die wichtigste Aufgabe des Bürgertums besteht darin, sich von der gesammelten Kraft der schaffenden Arbeit, wie sie etwa in den parlamentarisierten Arbeiterräten in die Erscheinung trat, nicht an die Wand drücken und tiefeben zu lassen. In den letzten Tagen hat der Gedanke einer Kammer der Arbeit bereits an Boden gewonnen, wie das aus einer Rede des Mehrheitssozialisten Kallisi in einer Sitzung der Berliner Arbeiterräte hervorgeht. Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie seine Verwirklichung finden. Die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Rätegedanken aufbaut, stellt die Vertretung der produktiven Kraft und der Leistung des Volkes dar. Diese Leistung, verschmolzen mit dem Grundgedanken des Parlamentarismus, das die Vertretung der Bevölkerung im allgemeinen darstellt, müßte bei richtiger Behandlung der in ihnen umschlossenen Fragen und bei von Engbergigkeit und Feigheit freier Verwirklichung der auf eine wirtschaftliche Katastrophe zueilenden derzeitigen Lage, zu einem Ausgleich führen können, der den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches ermöglicht.

Aber, wie gesagt, Taktakt des Bürgertums ist vonnöten und diese muß sich zunächst in der Richtung äußern, daß sie möglichst der wilden Streikwut ein Ende zu machen. Das Reich und die Bundesstaaten brauchen zu diesem Zweck zuverlässige Soldaten und vornehmlich bürgerliche Offiziere von gestiegener demokratischer Ueberzeugung. Männer, die sich weder von rechts noch links zu Puffchen misbrauchen lassen, deren vielleicht sorgsam verschleiertes Endziel auf die Errichtung einer Diktatur hinausläuft. Das Heil Deutschlands, die Weltlichkeit, mit den Feinden Frieden zu schließen und auf der Basis des ewigen Friedens — und sei er auch noch so drakonisch — zu neuem Leben und zu neuer Blüte zu gelangen, liegt einzig in dem Weiterbestehen der demokratischen Republik. Dem Bürgertum fällt bei ihrer Erringung eine große Rolle zu. Ehe die demokratische Republik nicht gestiftet dasteht, hat alle bürgerliche Arbeit keinen Zweck und keinen Boden. Erst müssen wir den Boden, auf dem wir bauen wollen, verteidigen gegen die Zerstörungswut nicht nur der bolschewistischen und polnischen Feinde im Osten, sondern eben so sehr gegen den spartakistischen Terror im Innern.

Wir kennen in Karlsruhe eine ganze Reihe junger Offiziere demokratischer Gesinnung, die mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse heimgekehrt sind, um ihren meist freien und künstlerischen Beruf wieder aufzunehmen. Wir wissen auch, wie die furchtbare, ungeklärte Lage des badischen Heimatlandes auf ihre Arbeitskraft und Lust drückt. Diese gerade sollten, anstatt sich in unfruchtbarem Mühen abzugeben, entschlossen ihren bürgerlichen Beruf für ein paar Monate wieder an die Wand hängen, die Uniform von neuem anziehen und sich der badischen Regierung gegen den Spartakus-Terror mit seinem Generalkriegswagen zur Verfügung stellen.

Rettet die demokratische Republik, die einzige Frucht eurer vierjährigen Selbstarbeit. Sie ist in Gefahr!

Zunahme der bolschewistischen Gefahr.

1. Berlin, 6. März.

Die Lage der bolschewistischen Armeen ist gegenwärtig so unklar, wie noch nie. Sie sind wesentlich dadurch entlastet, daß einerseits die tschecho-slowakischen Armeen weiter zurückgeworfen worden sind und daß andererseits die zwei Kaukasusarmeen, die ihnen gegenüberstanden, die Don-Armee und die Kreiwilins-Armee in den letzten Wochen erhebliche Schlägen erlitten haben. Die Don-Armee hat sogar eine so schwere Niederlage erlitten, daß sie sich in wenigen Tagen wird erbeben müssen. In der Ukraine haben die Bolschewisten ebenfalls bedeutend an Boden gewonnen. Sie haben etwa zwei Drittel des Landes in der Hand. Dazu kommt, daß große Teile der ukrainischen Truppen flüchten zu ihnen übergehen.

Die Situation hat sich dadurch derart unklar für die Bolschewisten gestaltet, daß sie wohl jetzt für eine Stunde für vollkommenen Ruhestillstand in Deutschland die Bruderhand zu reichen. Von Wina aus wird ihre Provaanda mit außerordentlichem Eifer betrieben. Koffe ist dort bereits einetroffen. Trost wird in den nächsten Tagen erwartet.

Der Generalkrieg in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 6. März. Die Kollisionsarmee der Groß-Berliner M. und S. M. A. hat sich von den Spartakisten übergeben lassen. Dafür sendet nicht nur der Generalkriegsbeschluss an sich, sondern auch die Annahme politischer und wirtschaftlicher Forderungen, von denen ein Teil spartakistisch-bolschewistischen Ursprungs ist. Der Generalkrieg selbst hat nicht bloß durchzuführen, aber der Böbel hat sich auf die Stunde eingefunden, um unter der roten Fahne der Revolution zu weilen und Kaufhäuser zu

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

blündern. Im dunkelsten Berlin gab es Aufständische nicht mit Massen der Arbeiter, sondern mit dem Blick auf die Bevölkerung, der sich in diesen schlimmen Tagen wieder lebend, lebendig an das Licht wagt. Wären die Arbeiter selbst zu entscheiden gehabt, so wären die Führer vom Schlaue des Richard Müller einfach an die Wand gedrückt worden. Immerhin kann der Generalstreik auch ein Gutes haben, wenn die Regierung von ihren Machtmitteln rückwärts Gebrauch macht und nachhaltig austräufelt. Der Generalstreik ist erst recht. Er ist nicht mit unangelegter Gewalt auf der einen Seite auszubringen. Es muß noch immer gewußt und gefürchtet werden, um den Erfolg wenigstens nicht zu lächeln zu lassen.

Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Laufe des Nachmittags bekannte die Gewächse die Puffstimmungen nicht anlässlich erscheinen zu lassen.

Die Beteiligung am Generalstreik.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. In einer Sitzung der vereinigten sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß sich nach einer vorläufigen Schätzung in Groß-Berlin etwa 38-40 Prozent der verfassungsmäßigen Bevölkerung an dem Generalstreik beteiligen.

Berlin ohne elektrisches Licht.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. In der heutigen Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins wurde teils von den Unabhängigen, teils von kommunistischer Seite der Antrag gestellt: 1. Den Streik auszuweiten auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke; 2. Die Kommandogewalt solle auf den Vollzugsrat der A- und S-Räte übergehen; 3. Die Verhandlungen mit der Regierung sollen abgebrochen werden.

Nachdem der Antrag Wajter- und Elektrizitätsversorgung in den Streit reiflos eingeschoben, trotz wohnender Erklärungen der Mehrheitsgewerkschaften angenommen worden war, erklärten die Mehrheitsgewerkschaften den Austritt aus der Streikleitung und verließen die Versammlung des Saal. Inzwischen sind die Elektrizitätsarbeiter in den Streit eingetreten und seit 7 Uhr abends ist die Reichshauptstadt ohne elektrisches Licht.

Die Berliner Verfassungen.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. Seit Proklamierung des Generalstreiks sind in Berlin 23 Verfassungen erlassen worden, zum größten Teil sind die Verfassungen bei der Lat. erlassenen Klünderer. Ein großer Teil der Verfassungen sind Matriosen. Die militärischen Sicherheitsmaßnahmen sind so weitgehend, daß die Eisenbahnbetriebe es bei der Wiederaufnahme des Berliner Stadtbahnverkehrs am 10. März belassen will.

Einnahme der inneren Stadt durch Regierungstruppen.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. März. Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt gewesen war, genommen worden. Die verbleibenden Gebäude wie Schulgebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Stäben der Garde-Republik-Schützen-Division besetzt. Natürlich müssen einzelne Spartakistenmänner noch geräumt werden.

Der Berliner Puffstimmungen.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. In einer gestern nachmittags im Reichstag abgehaltenen Besprechung der revolutionären Vertrauensleute (Spartakusbund) wurde von der Mehrzahl der Redner das Wünschenswerte des neuen Streikführers ausgeprochen. Ein Antrag, die weiteren Aktionen vorläufig einzustellen, kam nicht zur Abstimmung, da sich Regierungstruppen in dem Reichstag versammelten. Die Verhandlungen sind aber nicht beendet.

Die Lage in Halle.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. Einige Parteien sollen in Folge des Streikrechts erschaffen worden sein. Die Verfassungen sind voll hergestellt worden. Eine Verfassungskommission der Unabhängigen brach daraufhin die Beratungen ab und brachte die Leiter in Sicherheit. Am Dienstag forderte der Aktionsausschuss des Halleischen Bürgerrechts durch Anschlag die Bürger auf, die Arbeit wieder aufzunehmen und für die angelegte Verortung der Stadt Halle einzutreten. Da General Wexler mit seinen Truppen abordnete Verhältnisse wiederherstellen wird, so daß sich der Terror bestimmter Kreise der Bevölkerung aufhören wird. Der Bahnverkehr soll durch das Militär wieder ermöglicht werden, bescheiden werden Telefon und Telegraphen sowie die Postämter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Der Schaden in Halle.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Weimar, 6. März. In Halle, wo die Geschäfte der Hauptstraße fast völlig ausgeplündert worden sind, rechnet man den Schaden durch die letzten Streikstunden auf 20 Millionen Mark.

Die sächsische Kammer und die Lage in Leipzig.
(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 6. März. Die sächsische Kammer verhandelte heute über eine demokratische Interpellation betr. das zerrüttete Verhältniß und die Wiederherstellung der Verfassung in Leipzig. Der Minister Dr. Gaudner beantwortete die Interpellation und führte u. a. aus, in Leipzig sei ein Zustand, der jeder Befreiungswelt. Nach den ihm heute ausgegangenen Mitteilungen habe in Leipzig die Lebensmittelzufuhr gänzlich, so daß die Stadt von der schlimmsten Hungersnot bedroht werde. Dabei sei im A- und S-Mat die Meinung zuzugegeben, wenn die Nahrungsmittelzufuhr aufhöre, dann würden die Arbeiter streikemäßig die Häuser nach Lebensmittel abholen und diese nur an jene verteilen, die sich als Anhänger der A- und S. ausweisen. (Zuruf: Das ist das Letzte!) Auch die Regierung bedauert, daß in Leipzig die Preisfreiheit schon nicht mehr besteht. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, um eine Ordnung herbeizuführen. Der eine Weg sei der der Verhandlungen, der andere der der Gewalt. Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, alle Möglichkeiten auszunutzen, um auf friedlichem Wege ihren Willen zu erreichen. Weder habe sich der A- und S-Mat bis heute noch nicht zu Verhandlungen bereit erklärt. Trotzdem sei Minister Schwarz heute nach Leipzig abgereist. Wenn gar nichts mehr helfen würde, müßte auch in Leipzig der Weg der Gewalt betreten werden, wobei, daß Leipzig militärisch von außen erlöste. Er müßte jedoch Leipzig vor dem Bürgerkrieg bewahren. Nur deshalb könne die Regierung mit einem militärischen Eingreifen.

Der Zustand im Ruhrgebiet.
(Eigener Drahtbericht.)

Essen a. d. Ruhr, 6. März. Auf der Seite „Militär-Tiefbau“ führt heute die Besatzung wieder ein. Bei der Gewerkschaft „Deutscher Arbeiter“ und der

Reihe „Sino“ ist die Streikliste unverändert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 8000 gegen 7500 gestern.

Die Waffenstillstandsbedingungen.
(Eigener Bericht.)

1. Berlin, 6. März. Die letzten Nachrichten über die Waffenstillstandsbedingungen sind zwar nicht authentisch, sie entsprechen aber ganz der Fassung der Entente, die heißt, wenn Verhandlungen bevorstehen, weitgehende Forderungen in die Welt hinauszusetzen. Damit dann, wenn die offiziellen Forderungen eingetragenen, immer noch der Eindruck übrig bleibt, daß die Alliierten außerordentlich rückwärtsgefallen die Zentralmächte vorziehen.

Johs Bedingungen stoßen auf Widerspruch im eigenen Lager.

Genf, 5. März. Die gesamte französische Regierungspresse gibt der „Refr. Ra.“ zufolge heute mit allen Ausdrücken des Bedauerns an, daß die von Marshall Koch ausgearbeiteten Friedensbedingungen in den Vertreten der Großmächte am Montag wider alles Erwarten auf entschiedenen Widerstand stoßen sind, und daß von ihrer Billigung von den Vertretern der Großmächte vorerst überhaupt keine Rede sein kann. Die amtliche Note über die Montagsitzung hatte in kurzen Worten die Fortsetzung der Aussprache über die Waffenstillstandsbedingungen für heute, Mittwoch, angedeutet. Eine heute nacht von dem Generalsekretär der Friedenskonferenz mitgeteilte Note gibt jedoch an, daß die sachliche Aussprache über die Vorläufe des Marichalls Koch am Montag überhaupt noch nicht begonnen hat und wahrscheinlich auch nicht vor Montag nächster Woche, also am 10. März, beginnen kann.

Aus den weiteren Aneinanderungen der Zeitung geht hervor, daß die Vorläufe des Marichalls Koch vorerst zunächst auf einer Art Generalsitzung führen, in deren Verlauf besonders zwei Bedenken geltend gemacht wurden: 1. daß es nicht angebracht sei, in Abwesenheit Wilsons Beschlüsse zu fassen über die Waffenstillstandsbedingungen, 2. daß die Vorläufe des Marichalls Koch sich nicht an die von den Sonderkommissionen der Konferenz aufgestellten Richtlinien halten.

Damit ist allem Anschein nach Einbruch erhoben worden gegen die Absicht des Marichalls Koch Deutschland zur Annahme seiner Bedingungen zu bewegen, bevor die Entente irrendwelse Führer von Nahrungsmitteln absetzt, was von den ausländischen Kommissionen als notwendig erklärt worden ist. Nebenfalls waren die Einwände derart, daß die Vorläufe des Marichalls Koch ohne eine Prüfung ihrer Einzelheiten zunächst auf einer neuen Sitzung an den Marichalls Koch zurückzugeben werden. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob nach ein Ende dieser Woche seinen neuen Bericht ausarbeiten wird, oder ob er sich lieber überhaupt zurückzieht. Der Ausgang wird natürlich von Clemenceau abhängen, der seinerseits auf den Einfluß Lloyd George's zählt, der heute, Mittwoch, in Paris erwartet wird.

Es verdient Beachtung, daß in der französischen Presse gegenwärtig auf offen Spiel laut werden in Bezug auf die Stellung Wilsons zu den weiteren Friedensverhandlungen. Der „Temps“ macht in seinem heutigen Leitartikel darauf aufmerksam, daß Wilson seit gestern mit dem neuen Senat rechnen muß, dessen Mehrheit die Auffassung Lodges teilt, wonach der Pariser Entwurf einer Verfassung des Völkerbundes die Vereinigten Staaten für alle Zeiten in jeden inneren Kant Europas hineinziehen würde. In gewissen nationalistischen Kreisen wird die Entschlossenheit der Amerikaner mit offener Genugtuung begrüßt als ein Hinweis dafür, daß der Gedanke des Völkerbundes hantlerot gemacht habe, und daß Frankreich schließlich doch freie Hand bekomme, um Deutschland die Friedensbedingungen zu diktieren.

Die Papiere ehemaliger Straßburger Studenten.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. März. Der deutschen Waffenstillstandskommission ist von französischer Seite mitgeteilt worden, daß der deutsche Regierung auf Wunsch, die bei der Univer. tät Straßburg zurückgelassenen Papiere der deutschen Studierenden dieser Universität ausgeliefert würden. Chemische Studierende der Universität Straßburg, die dort zurückgelassene Papiere zu erhalten wünschen, werden ersucht, dies unter genauer Bezeichnung der gewünschten Papiere und Angabe der Stellen, an die sie gesandt werden sollen, dem Auswärtigen Amt, Abteilung 3 D mitzuteilen.

Zur Frage der Kriegsschädigung.
(Eigener Drahtbericht.)

London, 6. März. (Reuters.) In einer in der Gesellschaft der Bankiers gehaltenen Rede führte der Direktor der Bank von England zur Frage der Kriegsschädigung aus, daß eine Strafentschädigung ein schlechtes Geschäft sei. Es sei aus klar, daß ein wirtschaftlich am Krüppel gemadetes Deutschland keine Entschädigung zahlen könne. Die gegenläufige Abhängigkeit der Nationen mache es unmöglich, Deutschland zu strafen, ohne auch bis zu einem gewissen Grade den englischen Handel lahmzulegen. Um einen Schlichter auf Entschädigung zu erlangen, dürfe diese nicht über Deutschlands Steuerkraft hinausgehen. Daher müßten Verhandlungen aufgestellt werden, die beim Schuldner die Hoffnung, daß er den Betrag in absehbarer Zeit einlösen könne, lebendig erhalten werden.

Die Entente und die Ernennung Oesterreich-Ungarns usw.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 6. März. (Reuters.) Im Zusammenhang mit der Beratung des Rates der Entente über die Ernennung Oesterreich-Ungarns, der Tschecho-Slowakei usw. wird darauf hingewiesen, daß täglich 800 Tonnen Lebensmittel abgefahrt werden, der Bedarf jedoch 300 000 Tonnen beträgt. Während der Beratung wurden die italienischen Delegierten gefragt, warum nach den Vorfällen in Laibach Italien seinen Grenzen geschlossen und damit die Ernennung Zentraleuropas verhindert habe. Der Rat wird die Beratung am 7. März fortsetzen und darauf einen Beschluß fassen.

Aufhebung der Blockade im östlichen Mittelmeer und der bulgarischen Küste.

Amsterdam, 5. März. Nach einer Meldung der Erchane Telegraphen Compagnie aus Athen hat der britische Admiral die Blockade von Cavalla, der bulgarischen Küste, der Dardanellen, Serris und Karaniamens aufgehoben.

Die scheinbar-sowjetischen Angelegenheiten.

Paris, 6. März. (Na. Sab.) Der Ausschuss für scheinbar-sowjetische Angelegenheiten beschloß heute, sich weiterhin mit den Grenzen der in Betracht kommenden Staaten. Es handelt sich darum, einen modus vivendi zu finden, um die Ansprüche zu liquidieren.

Die deutsche Republik.

Der neue Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.
(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. März. Zum Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und damit zum Nachfolger Kurt Bales wurde der Wirk. Geh. Oberregierungsrat Albert ernannt. Albert wurde bekannt als Reichskommissar für die Bekämpfung der Inflation, kam dann ins Reichsamt des Innern und war zuletzt Landesrat bei der deutschen Botschaft in Washington.

Der Ausbau des Räte systems.

Die Kommission der Mehrheitsgewerkschaften, die mit der Regierung über die Ausgestaltung des Räte systems auf wirtschaftlichem Gebiet verhandelt, ist, wie wir bereits gemeldet haben, in Weimar angekommen. Wie wir dazu von unterrichteter Stelle erfahren, denkt man sich diesen Ausbau des Räte systems folgendermaßen:
Wie schon bisher werden die einzelnen Betriebe ihre Arbeiterräte wählen. Wähler sind alle Arbeiter und Inaktiven, einschließlich welches Betriebs sie beziehen. Jene, die nicht in großen Betrieben arbeiten, werden sich zum gemeinsamen und gemischten Arbeiterräte wählen. Außer diesen Betriebsräten werden auch Betriebsräte gewählt. Aus diesen Betriebsräten heraus werden dann die Landesarbeiterräte gewählt und diese wählen aus sich heraus wieder den Reichsarbeiterrat.
Dieser Reichsarbeiterrat wird mit den Unternehmern paritätisch in Verbindung gebracht und so in die Verfassung eingefügt. Er wird für die soziale Gesetzgebung verwendet und zwar wird dieser Reichsarbeiterrat, der durch Hinzutritt der Unternehmer zu einem Reichsarbeiterrat umgestaltet wird, die Wirtschaftspolitik organisieren. Er wird zu bestimmen haben, wie und was gearbeitet werden soll usw. Diese Verfügungen bleiben also nicht den Arbeitern in den einzelnen Betrieben überlassen, sondern sie werden von einer Zentralstelle aus erteilt, in der Arbeiter und Unternehmer paritätisch vertreten sind.

Dieser Entwurf, bei dem die Gewerkschaften ziemlich ausgeschaltet sind, wird sicherlich deshalb bei ihnen Mißfallen erregen. Man wird sich aber bemühen, die Gewerkschaften zum Ausbau ihrer Organisation innerhalb dieses Systems der Arbeiterräte zu veranlassen.

Aus den Parteien.

Demokratische Frauenkonferenz.

Am Sonntag fand in Donaueschingen eine wichtige Besprechung der Vertreterinnen demokratischer Frauen des 1. Wahlkreises statt, die aus allen Bezirken aus besetzt war. Nach einleitenden Vorträgen des Abg. Schö n über die politische Lage, die Arbeiten des Verfassungsausschusses unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung der Frauen und von Frau Schö n's Hinweis auf die Frauenorganisation folgte eine anregende Aussprache, die den feilen Willen zur Arbeit der nun an politische Betätigung berufenen Frauen ergab. Auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeindevahlen wurde ganz besonders hingewiesen, da hier den Frauen Vertreterinnen reiche Gelegenheit zur Betätigung auf dem ihrem Empfinden am nächsten liegenden Gebiete der Sozialpolitik gegeben ist. Die Wahlen in die Bezirksvertretungen vollzogen sich in vollster Einmütigkeit.

Badische Nationalversammlung.

Der Redestrom

flok auch in der letzten (6.) Sitzung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung munter fort. Mander Abgeordneter trat mit einem Manuskriptbündel auszurückt an das Rednerpult heran. Die meisten von ihnen aber brachten neue Gedanken vor. Man bekam immer wieder Schilderungen der gegenwärtigen Lage der Staatsverhältnisse, Arbeiter, kleinen Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibenden zu hören. Diese Reden sind bekannt. Sie wurde in der Tagespresse schon recht oft, und das mit vollem Recht, erörtert. Niemand wird sie bezeichnen oder gar betreten wollen. Sie wird aber dadurch nicht behoben, noch viel weniger aus der Welt geschafft, daß man darüber laelana redet. Für die in Betracht kommenden Staatsbeamten und -arbeiter wäre es im Gegenteil viel besser gewesen, wenn die einschlägigen Regierungsorgane ohne uralte Auseinandersetzungen angenommen worden wäre, denn je eher das Ganze die anseherlichen Summen bewilligt, desto eher kann bekanntlich die Regierung an die Auszahlung der Teuerungszulagen gehen.

Au Beginn der Sitzung gab der Berichterstatter des Haushaltungsausschusses, Abg. Gebrina, zwei neue Aufschriften bekannt, von denen die erste lautete, daß die Vertreter der Eisenbahner-Vereine mit dem Beschluß der Nationalversammlung über die Behandlung des Mannheimer Altimatums vorerst aufrieben gehen. Die zweite stammte vom Ausschuss der Oberbeamten in Freiburg; sie verlangte die sofortige Gewährung einer Teuerungszulage in der Höhe der den Unterbeamten bewilligten. Vereinfachung der festeren Aufsätze, Aufsätze weiterer Aufsätze, sowie eine zeitweise Änderung des Gehaltsstufens. Am anzen meldeten sich 14 Redner zu Wort, einige allerdings infolge eines Zwischenfalls, den wir weiter unten andeuten werden. Die Reden der übrigen Abgeordneten haben wir bereits einzeln summarisch vermerkt. Nachmal herrschte im Hause und auch auf den Tribünen nur mehr geringe Aufmerksamkeit. Erst als der demokratische Abgeordnete Dr. Gothein die Finanzfragen des Landes und des Landes und in Verbindung damit auch die Steuerfragen erörterte, lehrte die Ruhe im Saale zurück. Dr. Gothein leitete seine Ausführungen mit der Konstatierung der Tatsache ein, daß die neue Reichsregierung, nur einen Posten hat, und daß dieses Urteil für die Ordnung der Finanzen doppelt und dreifach gilt. Das System der Rätebeiträge dürfte niemals wiederkehren. Die Verkehrssteuer, die beabsichtigt der Steuern, müßte sobald als möglich beseitigt werden. Unbedingt notwendig sei, daß das Reich seine Einnahmen aus Einkommen und Vermögen aufbaue. Die einzelnen Bundesstaaten müßten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse Aufschüsse an den Einkommenssteuererheben, wie das die Gemeinden schon lange machen. Notwendig sei die Schaffung eines einheitlichen Einkommenssteuersystems für ganz Deutschland, was auch der Einheitlichkeit der deutschen Volkswirtschaft entspreche. In erster Linie komme es darauf an, daß wir genügend Geld bekommen für die Ausgaben, die uns notwenigerweise anfallen. Eine große Vermögenssteuer werde und müsse kommen, aber die Sorge, daß sie unsere Volkswirtschaft nicht vollständig vernichte, müssen wir fortwährend im Auge behalten, denn das Vermögen an sich ist das Fundament der Industrie. Daher müsse darauf gesehen werden, das Vermögen, aber nur das tätige und werbende, zu schonen. Von Gemein müßten natürlich Industrie und Handel usw. abgehen. Zur Bänderung unserer Schuldverschuldung sei unbedingt notwendig eine gewaltige Kapitalrentsteuer. Die Vertreter im Lande entspreche dem jammervollen Stand unserer Politik. Die unehrerwerbende Vermehrung unserer Zahlungsmittel traue den ardsten Teil der Schuld an dieser Teuerungen. Dabei müßte hier abgebaut werden. Die Vermö-

gensneigung müsse hier in solche Bahnen geleitet werden, daß wir wieder zu einer anständigen Volkswirtschaft kommen; eine solche Vermögensneigung würde der Volkswirtschaft nicht. In der Frage der indirekten und Aufwandssteuer müßten wir unter Selbstständigkeit innerhalb des Rahmens des Reiches wahren. Monopole müßten uns für unsere bodischen Finanzen gar nicht. Monopole könne nur das Reich übernehmen. Wenn der zukünftigen Ausgestaltung des Landes glaube der Redner, daß wir uns hier das demokratische Prinzip des Schmeier Geeres als Vorbild nehmen sollten; für das Reich würde das Militär dann billiger werden, aber nicht für den einzelnen. Finanzminister Dr. Witt stimmte dem Redner darin zu, daß das System der Rätebeiträge beseitigt werden müßte, meinte aber weiter, wenn die Einkommenssteuer rein auf das Reich übertrüge, dann würden die Bundesstaaten in große Schwierigkeiten geraten.

Am Schluß seiner Rede wandte sich Dr. Gothein gegen den von der Reichsnationalen Volkspartei am Tage vorher aufgestellten Satz: „Das deutsche Heer ist von hinterher erdolcht worden“ und wies diesen Satz zurück. Auf die Zustimmung fast des ganzen Hauses entschieden wurde, daß der Reichsnationalen Volkspartei, die h. herausfordernd Weise, so daß lebhaft Unruhe im Hause entstand und sich Dr. Dies zu dem Zwischenruf veranlaßt sah: „Nicht die Weimarer ist dem Heer in den Rücken gefallen, sondern die Amerikaner haben die Entscheidung herbeigeführt, die die Truppe und Später auf das deutsche Volk geschick haben.“ Er hob Dr. Dies im Namen der tausend und aber tausend Mütter, Väter, Brüder und Schwestern, die ihre Angehörigen im Kriege verloren haben, Protest gegen die Ausführungen des Redners, der die Sache so dargestellt hatte, als sei der Krieg für uns deshalb verloren gegangen, weil in den beiden letzten Jahren Elemente ins Reich gelangt worden seien, die ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Es kam abermals zu heftigen Zwischenrufen und großer Unruhe, namentlich bejaugte der Abgeordnete Wager, so habe er nicht geglaubt. Der größte Teil des Hauses hatte ihn aber so verstanden. Weiter polemisierte der Abgeordnete Wager gegen Dr. Gothein und erklärte, er habe mit seinen Ausführungen am Mittwoch arbeiten wollen, daß das russische Geld an der Vermehrung der deutschen Heere und der deutschen Heimatfront Schuld seien, worauf Abg. Dr. Gothein feststellte, daß der Herr Wager und Wager einen großen Mißbrauch angetrieben hätten. Ferner sagte Gothein jene Kreise an, die während des Krieges das deutsche Volk wider besseres Wissen getäuscht und belogen hätten. Schließlich stellte er fest, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dies die Ehre des deutschen Volkes gegen konterbative Herren in Schutz nehmen müßte. — Wir müssen gesehen, wir finden es für außerordentlich bedauerlich, daß von konterbativen Abgeordneten eine solche Auseinandersetzung heraufbeschworen wurde in einer Zeit, in der unsere Heere alle Hebel in Bewegung setzen, um aus dem Körper des deutschen Volkes den letzten Blutstropfen herauszuholen.

Nach diesem unangenehmen Zwischenfall wurde der Nachtragsetz einstimmig angenommen. In wenigen Minuten wurde hierauf der Belegentwurf, der zur Beilegung des durch die Ausführung von Rätebeiträgen im Bereich der allgemeinen Staatsverwaltung entstehenden außerordentlichen Aufwandes einen Kredit von 5 Millionen Mark verlangt, ohne jede Erklärung in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Heute vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Verfassungsausschuss.
(Eigener Bericht.)

Nachdem die Schlußfrage erledigt ist, widet sich die weitere Beratung der noch fehlenden Bestimmungen altat am Der Abtritt über das Staatsministerium erzählt nur reaktionelle Veränderungen. Man ist übereinstimmend der Ansicht, daß der Reichstag im Vorfeld des Staatsministerium nicht wie im Schweizer Bundesrat beim Bundespräsidenten obligatorisch sein soll, nimmt vielmehr die Wiederwahl als den häufigeren Fall an aus rein praktischen Gründen. Es wird dabei von demokratischer Seite hervorgehoben, daß nicht ohne weiteres die schweizerischen Verhältnisse auf Baden übertragen werden können, da in der Schweiz die Verwaltung der Kantone liegt, in Baden aber gerade in der Verwaltung die besonderen Aufgaben des Ministeriums liegen würden. Das Recht des Ministeriums, Notfälle zu erklären, die nachträglich dem Landtag zur Bestätigung vorzulegen werden, so daß auch eine vorübergehende Aufhebung verfassungsmäßiger Rechte eingeschlossen ist, wird im Hinblick auf die letzten Vorläufe nochmals betont.

Eine eingehende Forderung erfährt der Abschnitt über die Ministeranfrage. Die Sozialdemokratie lehnt entschieden das Recht der Minderheit des Landtages, eine solche zu erheben, ab, nicht aus Parteizwecken, sondern aus rein praktischen Gründen. Die Regierung dabei nicht gefürchtet werden könne. Die Demokratie soll zwar diese Bedenken nicht, wenn nach ihrem Verständnis ein unparitätischer Staatsausschuss gebildet werde, legt aber geringen Wert auf die ganze Bestimmung. Es wird daher in Uebereinstimmung mit den Verfassungsentwürfen der übrigen Staaten die Erhebung der Anfrage von einer Zweidrittelmehrheit des Landtags abhängig gemacht. Der Reichstag soll dann aus 20 gewählten Mitgliedern des Landtags mit Hinzuziehung der höchsten Richter des Landes gebildet werden.

Nachdem die demokratische Fraktion ihre früheren Anregungen auf Aufstellung einer aus den Vertretern aller Stände zusammengesetzten Informationsinstanz der Regierung schon früher aufgegeben hatte, wird jetzt nach ihrem Antrag zur Erklärung der Selbstverwaltung wichtigsten bestimmt, daß Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise bei gleichlicher Regelung allgemeiner, sie berührender Angelegenheiten zu hören sind. Nachdem alle anderen Punkte des Entwurfs geregelt sind, wird vom Zentrum noch die Frage aufgeworfen, wie es mit den Staatsverpflichtungen gegen die Kirche, die auf der Einziehung der geistlichen Güter und auf der päpstlichen Exkommunikation beruhen, nicht aber auf dem kirchenspezifischen beruhen, gehalten werden soll. Die längere Aussprache, die inwieweit über Kirchen- und Klostersachen Fragen geführt wird, wird mit 10 Stimmen bei 2 Stimmentzählungen dadurch beendet, daß man ausdrücklich erklärt, daß sich das ausschließliche Recht der Kirche auf Befreiung ihrer Güter nicht auf den geistlichen Besitzungen des Staates ausdehnen werden. Die Art und der Umfang derselben kann natürlich erst eine sachkundige Prüfung ihrer Entstehung und ihrer gegenwärtigen Geltung ergeben.

Weiterhin sprach man sich noch über die geschäftliche Behandlung im Pleu u aus, wobei in Uebereinstimmung mit dem Justizminister eine einmalige Leistungseinstimmung für ausreißend erklärt wird. Ebenso erklären sich alle Parteien dafür, daß die Verfassung der allgemeinen Volksabstimmung unterworfen werden. Man hebt von allen Seiten hervor, daß eine solche kein Erfordernis ist, daß vielmehr die Verfassung ein volles Mandat zur Befreiung der Verfassung besitze. Man hält es aber eben für unwiderruflich, daß das Verfassungswerk eine besondere moralische Kraft durch die Zustimmung des Volkes erhalte.

Mit dieser Abstimmung soll alsdann eine andere verbunden werden, durch die die Dauer der Verfassungsausschusses bestimmt werden soll, wobei zwei Jahre, bis Ende 1920, erörtert werden sollte, während deren sie die Rechte des Landtags ausüben

Aus der Stadtratsitzung vom 27. Februar.

Kinder-Krippen. Der Vorstand der Abteilung II des Badischen Frauenvereins teilt mit, daß die finanziellen Ergebnisse des Betriebs der Kinder-Krippen im Luitpoldhaus und im Bildhaushaus sich stetig so vergrößern, daß er nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb in der bisherigen Weise durchzuführen...

abbringen wäre. Wenn die Verpflegungsgelder für die Kinder etwa infolge Wegfalls der Kriegsunterstützung der Eltern herabgesetzt werden, werde sich der Fehlbetrag noch erheblich steigern. Der Vorstand der Abteilung II bittet daher, vom Jahre 1919 an den gesamten Fehlbetrag auf die Stadtkasse zu übernehmen (1918 gewährte die Stadt einen Beitrag von 12000 M., in den Vorjahren einen solchen von 4650 M.).

Auf Vorschlag der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge beschließt der Stadtrat, den Betrieb der Kinderkrippen auf die Stadt zu übernehmen, für ihre Verwaltung, an der auch weiterhin der Frauenverein beteiligt werden soll, eine besondere Kommission einzusetzen und im Voranschlag der Stadtkasse für das laufende Jahr als Zuschuß zu den Betriebskosten einen Beitrag von 42000 M. vorzuschlagen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die reine Wölferei.

In der letzten Zeit kamen hier in den einschlägigen Geschäften gegen Bezugschein dem Kunden ohne Verkauf. Leider herrscht dabei wieder das alte Karlsruher Wölfereisystem über das schon so viel geschrieben, ardeet und geklagt worden ist: mer durch die bekannten Romale rechtlich Bind davon er-

hieß, konnte sich seinen Bezugschein holen und darauf 6 Meter Stoff erwerben; alle andern hatten das Nachsehen, denn bald brante an der Bezugscheinstelle das bekannte Plakat: „Bezugscheine für Reichsmare werden nicht mehr ausgeben.“ Daß die Beamten dieser Stelle manches ererete Wort zu hören bekamen, obgleich sie persönlich ja keine Schuld trifft, läßt sich denken.

Nach aber frage: Ist es denn in Karlsruhe wirklich nicht möglich, dieser überhörten Willkürwirtschaft beizukommen? Weshalb wird das Vorhandensein so wichtiger Stoffe, die in fast jedem Haushalt aufs allerdringendste benötigt werden, nicht ordnungsmäßig bekanntgemacht und die Abgabe eventuell rationiert? Wenn nicht genug Ware vorhanden ist, weshalb müssen es denn gleich 6 Meter sein? Würden nicht 3 Meter auch genügen, wodurch die Zahl der damit Beallichten sich aufs Doppelte erhöhen würde? Vor allem aber: Wer ist verantwortlich für dieses System, das auch bei der Abgabe anderer wichtiger Artikel einzuhalten wird und bei dem jeder das Nachsehen hat, der nicht ständig auf Markt und Straßen herumhört, ob nicht etwa „aufällig“ beachrte Sachen abzugeben werden? B.

Briefkasten.

Eintrag werden zur beantwortet, wenn die Anwesenheit bei der Briefkastenöffnung erwünscht ist.

N. N. 1. Mal der Vater eines unehelichen Kindes hoffet auch für die Kosten der Entbindung, sowie für die Kosten des Unterhalts der Mutter für die

ersten 6 Wochen nach der Entbindung, und falls infolge der Schwangerchaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu erheben. Den wöchentlichen Betrag der zu erhehenden Kosten kann die Mutter ohne Rücksicht auf den wirklichen Aufwand verlangen. Der Anspruch verjährt nach 3 Jahren (§ 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Behandlung, Medizin, Wäber, sowie entgangener Arbeitsverdienst.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Orts-Zeit, Bar. m., Therm. in C., Wind, Bewöl., Windst. m. Includes data for 5. März, 6. März, and 7. März.

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr: 6. März: 5.10 m

Table with 2 columns: Station, Höhe m. Includes data for Schutterinsel, Rehl, Maxau, and Mammeln.

LECIFERRIN-TABLETTEN für Schwächezustände, nervöse Anwandlungen, Abmagerung, blasses Aussehen. Tausendfach erprobt und verordnet; vorteilhaft im Gebrauch. Preis Mk. 3.— in Apotheken.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

Geige (ausges. altes Instrument) sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8700 i. Tagblatt.

